

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Der Blick auf Linz zeigt wie zunehmend Hochhäuser das Stadtbild prägen und sogar dem Neuen Dom bald Konkurrenz machen.

Wie hoch will Linz hinaus?

Seit Anfang der 2000er Jahre prägt Linz ein regelrechter Hochhaus-Boom. Nicht nur im Bahnhofsviertel schießt ein Turm nach dem anderen aus dem Boden.

Am Anfang stand der Wissensturm, es folgten der Energy-Tower und der skandalträchtige und gerichtsanhängige Terminal Tower und dann gab es

keinen Halt mehr. Aktuell gibt es eine heftige Debatte über Bruckner-Tower, Weinturm und ein Hochhaus bei der Tabakfabrik.

Vor allem weil sich die AnrainerInnen solcher Monsterprojekte zu Recht in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt sehen. Und weil unverkennbar ist, dass für die Betreiber solcher Hochhäuser nicht leistbare Wohnungen oder das Allgemeinwohl, sondern der Profit im Vordergrund steht.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Kürzungspolitik trifft Frauen zuerst

Die schwarz-blaue Landesregierung macht es mit der Streichung der kostenlosen Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten vor.

Berufstätige bangen um Nachmittagsgruppen, Kindergärtnerinnen um ihren Job, GeringverdienerInnen müssen nun zahlen. Im Linzer Gemeinderat konnte nur mit knapper Mehrheit ein abgemildertes Tarifmo-

dell gegen FPÖ, ÖVP und zwei NEOS-Gemeinderäte durchgesetzt werden. GeringverdienerInnen bleibt so der kostenfreie Zugang zur Nachmittagsbetreuung erhalten.

Von der Kürzungspolitik sind aber auch Frauenvereine betroffen. Leidtragende sind obdachlose, ausgegrenzte und arme Frauen, die von diesen Vereinen unterstützt werden. Um die Rücknahme des Förderstopps durch das Land wird gerade gekämpft.

Frauen*Volksbegehren 2.0 - wozu?

Seit 12. Februar können Unterstützungserklärungen dafür abgegeben werden. Was erwarten sich engagierte Frauen und auch Männer vom neuen Frauen*Volksbegehren als Kontrapunkt zur schwarz-blauen Koalition?



Oona Valarie Serbest Künstlerin und Kulturtäterin, aktiv bei FIFTITU%, Allianz Feminismus & Krawall und Kulturverein Peligro

100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich: Seit 1918 hat sich am Kampf um die Grundforderungen nichts geändert: Noch immer fordern wir die Gleichbehandlung von Frauen*. Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Plätze und die Macht. Hier & Jetzt! Schwarz-blau will das boykottieren. Darum jetzt das FVB2.0 unterschreiben!



Raphael Magauer Chemieverfahrenstechniker, aktiv bei Junge Grüne und KPÖ PLUS

Faire Arbeitszeitverteilung, eine 30 Stunden-Woche, 50 Prozent Geschlechterquote, Senkung des Gender Pay Gap sowie eine vielfältige Gesellschaft, all das sind nicht nur Ziele des FVB sondern auch von KPÖ PLUS. Die staats-tragenden PolitikerInnen dazu zwingen sich mit diesen Themen auseinander zu setzen, schaffen wir nur so.



Andrea Winter Kultur- und Sportaktivistin

Als „Angelegenheit des Bundeskanzleramtes“ erwarte ich mir durch viele Unterschriften einen solidarischen Aufschrei. Die angebliche Frauenministerin findet „30-Stundenwoche für alle“ geht zu weit! Das erinnert sehr stark an die Bekämpfung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren. Diese Politik geht alle an!

Mehr Obusse für Linz!

Seit Ende November fahren die ersten XXL-Obusse in Linz. Damit haben sich die Linz Linien entschlossen, den Obus-Betrieb weiterzuführen.

Aber das Obus-Netz muss weiter ausgebaut werden. Die KPÖ-Linz hat bereits bei der Gemeinderatswahl 2015 gefordert, die Buslinie 25 bis zum Umsteigeknoten Mühlkreisbahnhof – oder sogar bis zur Bruckneruni – als Entlastung der Straßenbahn zu verlängern und zu elektrifizieren. So könnte eine

zweite Nord-Süd-Öffi-Verbindung eingerichtet werden. Auch bei der Linie 27 wäre eine Umstellung angebracht.

Die Linz Linien sollen daher ein Konzept für die Ausweitung des Obus-Betriebes entwickeln. Es braucht weit mehr als die 20 neuen Obusse. Wir benötigen mehr Obusse, etwa durch die Weiternutzung der alten Gelenk-Obusse, aber auch durch Kauf neuer zusätzlicher Fahrzeuge. Denn Obus, elektrische Straßenbahn und S-Bahn sind die E-Mobilität in der Stadt!



Michael Schmida
Lehrer und Verkehrssprecher
der Linzer KPÖ

Hochhäuser: Freie Bahn für Spekulanten

Das Lenau-Hochhaus ist ebenso ein Relikt vergangener Zeiten wie das Lentia2000. Die Wohntürme am Harterplateau sind längst abgerissen. Nach mehreren Jahrzehnten setzte mit Beginn der 2000er Jahre ein neuer Hochhaus-Boom ein.



Das Linzer Bahnhofsviertel wird durch Spekulationsprojekte zunehmend zum Hochhausviertel und vermittelt das Gefühl eines Klein-Manhattan.

Rechtlich gelten Objekte über 25 Meter als Hochhäuser. Öffentliche Erregung lösen freilich erst Objekte mit 20 oder mehr Geschossen aus. Geht es nach seriösen Architekten oder Stadtplanern sind Hochhäuser allenfalls als Verwaltungsgebäude oder Hotels geeignet, für Wohnzwecke sollten Gebäude nicht höher als sechs Geschosse sein.

Was aktuell aus dem Boden schießt sind hingegen durchwegs Projekte, wo teure Grundstücke durch eine maximale Höhe als „vertikale Verdichtung“ kompensiert werden, wo über Tiefgaragen, Geschäftslokale und Büros teure Eigentumswohnungen gebaut werden. Immobilienhaie, Baukonzerne, Banken, Grundstücksspekulanten

sind die treibenden Kräfte.

Ein Beispiel dafür ist der Lux-Tower, wo Wohnungen mit 91 Quadratmeter um 401.000 Euro angeboten werden, zusätzlich Garagenplätze um 27.000 Euro. Das Motto „Anlegen und profitieren“ ist wörtlich zu nehmen, weil mit solchen Wertanlagen die Mieten hochgetrieben werden.

Hochhausprojekte sind mit Wirkung auf ihre Umgebung zu sehen. In den Modellen der Architekten werden sie freilich isoliert, ohne Autoverkehr dargestellt und mit viel Grün dekoriert, wofür in Wirklichkeit gar kein Platz ist.

Laut Planungsdirektor Gunter Amesberger

pfligt die Stadt eine „diskursive Kultur“ und kann jeder Interessent ob in der Altstadt oder an der Peripherie ein Hochhaus bauen.

Praktische Voraussetzung dafür ist freilich der richtige Zugang zu Bürgermeister Luger (SPÖ) und Planungsreferent Hein (FPÖ). Einwendungen des Gestaltungsbeirates verzögern zwar, verhindern aber nicht.

Ein Scheinargument dabei ist der Mangel an Platz. Weil gleichzeitig große Flächen für Einkaufszentren mit Parkplätzen nur eingeschossig verbaut sind, statt dort mehrgeschossige Bauten – etwa unten Einkauf und Abstellplätze, darüber leistbare Sozialwohnungen zu errichten.

Splitter aus dem Gemeinderat

KPÖ für Tarifstopp

Ihrer Linie gegen laufende Tarif- und Gebührenerhöhungen treu bleibt die KPÖ im Gemeinderat: Daher gab es ein deutliches Nein zu Tarifierhöhungen beim Botanischen Garten (Oktober 2017) und bei den Marktgebühren (November 2017).

Zweifelhafte Förderungen

Während überall gekürzt wird ist sich die Dreieinigkeit von SPÖ, FPÖ und ÖVP einig bei dubiosen Förderungen. Ein klares Nein gab es hingegen von KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grünz zu den Subventionen für die Weihnachtsbeleuchtung (324.000 Euro) und das „Weihnachtswunder“ von Ö3 (130.000 Euro).

Städtisches Lohndumping

Mit Gemeinderatsbeschluss wurde der IKT Linz GmbH und der IKT Infrastruktur GmbH die Aufnahme von Eigenpersonal ermöglicht und nicht mehr auf das starre Personalschema des Magistrats angewiesen zu sein. Als fragwürdig sieht die KPÖ jedoch, dass sich die beiden städtischen Gesellschaften nicht an den IT-Kollektivvertrag halten müssen.

Beitrag zum Gedenkjahr

Realisiert wird jetzt der KPÖ-Antrag vom Juni 2017 zur Pflege antifaschistischer Gedenkorte in Hinblick auf das Gedenkjahr 2018. So gibt es jetzt auf der Website www.linz.at eine eigene Rubrik „Antifaschistische Gedenkstätten“ mit 33 Einträgen und die Sanierung des Denkmals am Bernaschekplatz wird in Angriff genommen.

Die unsoziale FPÖ

Als „Durchschummler“ verunglimpfte FPÖ-Gemeinderat Pühringer im Gemeinderat Arbeitslose.

Eine Resolution gegen die Kürzung der Arbeitslosengelder, Abschaffung der Notstandshilfe und Abdrängung von Arbeitslosen in die Mindestsicherung wurde von FPÖ, ÖVP und NEOS abgelehnt.

Einmal mehr zeigt die angebliche „Arbeiterpartei“ FPÖ, dass sie unsozial ist und als verlängerter Arm der Industriellenvereinigung agiert. Besagter Pühringer ist auch als Vorkämpfer gegen den Linzer Aktivpass bekannt. Weil angeb-

lich Generaldirektorsgattinnen diese Sozialleistung missbrauchen.

Zuletzt störte die FPÖ, dass der günstige Öffi-Tarif von zehn Euro pro Monat für Aktivpass-InhaberInnen die Gewinne der Linz AG schmälert. Als ob die Profitmaximierung Aufgabe einer städtischen Gesellschaft wäre. Die KPÖ sagt hingegen in aller Deutlichkeit: Hände weg von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Mindestsicherung und Aktivpass!



Schon wieder reitet die FPÖ unsoziale Attacken gegen den Linzer Aktivpass. Die KPÖ sagt hingegen „Aktivpass: Bleib wie du bist!“

Die Linzer KPÖ erinnert

Es ist eine gute Tradition, dass die KPÖ Erinnerungen zum Budget einbringt, 2018 waren es 20.

Verlangt wurde die Erfassung leerstehender Wohnungen, ein Kautionsfonds sowie Wiederaufnahme eines städtischen Wohnbaues. Weiters eine Nahverkehrsabgabe, die Zweckbindung der Parksteuer für Nahverkehrsförderung, Lückenschluss im Radwegenetz, Stornierung der Mitfinanzierung beim

Westring und A7-Abfahrt Auhof sowie Aufhebung der Stellplatzverordnung. Ebenso fordert die KPÖ eine bessere Dotierung der Sozial- und Kulturvereine, Sozialmaßnahmen für Notreisende, mehr Proberäume für Musik- und Theatergruppen und Übernahme aller Personalkosten für Kindereinrichtungen und Musikschule. Zum öffentlichen Raum werden mehr Grillplätze und die ersatzlose Auflösung der Stadtwache gefordert.

Eine Reform des Finanzausgleichs, Ab-

schaffung von Landesumlage, Sprengelbeitrag und Vorwegabzug, Berechnung der Kommunalabgabe nach der gesamten Wertschöpfung und niedrigverzinsten Darlehen des Bundes sollen die Stadtfinanzen verbessern.

Schließlich wird eine 40-prozentige Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmensgruppe Linz und ein kommunales Wahlrecht für alle HauptwohnsitzinwohnerInnen unabhängig von der Staatsbürgerschaft verlangt.

Aktuell, Nummer 1, Februar 2018

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKL AT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder.

Offenlegung laut Mediengesetz: Laut Paragraph 25, Absatz 2: Medieninhaberin (Verlegerin) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Die KPÖ ist eine politische Partei. Bundessprecher der KPÖ ist Dr. Mirko Messner. Laut Paragraph 25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der KPÖ.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infos:

Folder

Aktivpass KPÖ im Gemeinderat Energiegrundsicherung Wohnen

Broschüre

Widerstand Burschenschaften Franz Kain Freifahrt Henriette Hail

Probeexemplar

Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz Café KPÖ

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz